



**CDU-Stadtverordnetenfraktion
Flörsheim am Main**
Vorsitzender Marcus K. Reif
Marxheimer Straße 4
65439 Flörsheim am Main
Telefon: 06145 938168
Telefax: 06145 938169
Mobil: 0170 9018400

Haushaltsanträge 2013

Anträge der CDU-Fraktion in der Flörsheimer Stadtverordnetenversammlung

1.) Konzept Entwicklung Grundstück nördlich der Bahn

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, für die Bebauung des Geländes nördlich der Bahn ein Konzept für ein Gründerzentrum resp. modernes Bürogebäude zu entwickeln und dies mit einem noch zu suchenden Investor zur Planungsreife zu entwickeln. Vorsorglich möglicher Planungskosten sind 5.000 EUR in den Haushalt einzustellen.

2.) Ferienspiele für Kinder mit Behinderung – „Inklusion“ innerhalb Ferienspiele

Der Magistrat wird gebeten, zum Sommer 2013 die städtischen Ferienspiele in Keramag-Falkenberg als „Ferienspiele mit inklusivem Charakter“ anzubieten, damit auch Kindern mit Behinderung eine Partizipation möglich ist.

Für die Bereitstellung einer geeigneten zusätzlichen Infrastruktur (erhöhter Personalbedarf, Bereitstellung Behindertentoilette, Transferkosten etc.) werden im Produkt 04.02.03.00 zusätzliche Mittel in Höhe von 5.000 Euro budgetiert.

Begründung

Die städtischen Ferienspiele sollen künftig auch als Angebot mit inklusivem Charakter bereitstehen und so zur Gleichstellung und sozialen Teilhabe von Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung beitragen. Zunächst sollte eine überschaubare Anzahl von bis zu fünf Plätzen Kindern mit hohem Unterstützungsbedarf bei den Ferienspielen zur Verfügung stehen. Bei höherem Bedarf kann das Angebot in den nächsten Jahren erweitert werden.

3.) Einrichtung eines Kleinbus-Verkehrs zwischen Flörsheim und seinen Ortsteilen

Der Magistrat der Stadt Flörsheim wird gebeten, die Einrichtung eines Kleinbus-Verkehrs zwischen Flörsheim und seinen Ortsteilen zu prüfen. Für die Prüfung und Entwicklung eines Konzepts sind 3.000 EUR in den Haushalt einzustellen.

Begründung

Während den Verschwiegerungsfeierlichkeiten in unserer Partnerstadt Güzelbahce/Türkei hatten die teilnehmenden Vertreter des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung die Gelegenheit, die dort vorhandenen öffentlichen Kleinbusse (Dolmus) zu beobachten. Diese fahren auf einer festgelegten Route, halten jedoch jederzeit flexibel an der Strecke um Fahrgäste aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Ausschreibung eines städtischen „Dolmus“ zu einer Ersparnis gegenüber den bisher üblichen Bussen führt. Dabei soll der neue Kleinbus kurzfristig alle Stadtteile anfahren. Die Streckenführung kann ausgeweitet werden, da ein Kleinbus wendiger und schneller im Stadtverkehr eingesetzt werden kann. Über die Ergebnisse sollte in den relevanten Ausschüssen (HFA und BVU) vor der Sommerpause 2013 berichtet werden.

Der Schulbusverkehr soll weiterhin über den RMV erfolgen.

4.) Machbarkeitsstudie/Untersuchung zur Einrichtung einer S-Bahn-Haltestelle im Ortsteil Keramag-Falkenberg – Gewerbegebiet West V/Industrie-/Gewerbepark Falkenberg

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in den Haushalt 2013 einen Betrag von 5.000 EUR einzustellen, um eine Machbarkeitsstudie/Untersuchung zur Einrichtung einer S-Bahn Haltestelle im Ortsteil Keramag-Falkenberg – Gewerbegebiet West V und Industrie-Gewerbepark Falkenberg zu finanzieren.

Begründung

Mit dem Gewerbegebiet West V werden große Hoffnungen und Erwartungen für die künftige Entwicklung in der Stadt Flörsheim am Main verbunden. Unter Einbeziehung des angrenzenden Industrie-Gewerbeparks Falkenberg werden mehrere hundert Arbeitsplätze entstehen, die Einnahmen an Gewerbesteuer werden steigen. Um die mit dieser Ansiedlung verfolgten Erwartungen nachhaltig zu erfüllen, müssen alle Möglichkeiten zur Steigerung dieses Gebietes als attraktiver Gewerbestandort ausgeschöpft werden. Einen besonders wichtigen Faktor stellt dabei die Erreichung des Gewerbegebiets mit öffentlichen Verkehrsmitteln dar.

Nach aktuellen Studien wird mittelfristig der Individualverkehr stagnieren, wenn nicht sogar zurückgehen, weil die Kosten hierfür (u.a. Treibstoffkosten, Kfz-Steuern, Gebühren) stark ansteigen werden. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist die zwingende Folge. Untermauert wird diese Annahme insbesondere durch die positive Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Main-Gebiet. Die Einrichtung einer S-Bahnhaltestelle macht die Ansiedlung für Betriebe attraktiver. Profitieren würden davon auch die Bewohner des Ortsteiles Keramag-Falkenberg, die bequemer als bisher Richtung Stadt wie auch Richtung Mainz-Wiesbaden und Frankfurt fahren können. Mittelfristig könnte dadurch auch die bestehende, und nicht gerade personennahverkehrsfreundliche Busverbindung eingespart werden.

Bevor Gespräche mit der Bahn AG/Netzagentur geführt werden, sollte hierzu seitens der Stadt Flörsheim am Main eine Machbarkeitsstudie/ Untersuchung in Auftrag gegeben werden. Es soll sich dabei ausdrücklich nicht um eine aufwendige, gutachterliche Untersuchung handeln. Als erster Schritt genügt es, wenn über eine studentische Arbeit der Fachrichtung Raumordnungsplanung oder ähnliche Fachrichtung diese Untersuchung als Abschlussarbeit/Diplomarbeit durchgeführt werden könnte. Nicht wenige Behörden oder öffentliche Einrichtungen haben über den Weg solcher Fördermöglichkeiten beste Erfahrungen gemacht. Zudem werden damit die vorhandenen haushalts- und finanzpolitischen Realitäten des Haushalts der Stadt Flörsheim am Main beachtet.

5.) Siedlungskonzept und Wohnraumplanung

Die Stadtverordnetenversammlung Flörsheim am Main beauftragt den Magistrat, ein Konzept zu entwickeln, wie sich die Stadt Flörsheim am Main mit ihren Stadt- und Ortsteilen in den nächsten 20 Jahren siedlungspolitisch weiterentwickeln kann. In dem Konzept sollen insbesondere bereits im regionalen Flächennutzungsplan enthaltene Gebiete aber auch mögliche, noch nicht im regionalen Flächennutzungsplan enthaltene, Gebiete definiert und bewertet werden. Vorbehaltlich etwaiger Planungskosten sind 15.000 EUR in den Haushalt einzustellen. Über die Ergebnisse soll in den entsprechenden Ausschüssen beraten und die weitere Planung konkretisiert werden.

Begründung

Durch die Siedlungsbeschränkung sind der Flörsheimer Kommunalpolitik enge Möglichkeiten zur Ausweitung weiterer Siedlungsflächen und damit der Erfüllung der Funktion eines Mittelzentrums gegeben. In Flörsheim selbst sollen neue Baugebiete nicht ausgewiesen werden. Insbesondere für die von Fluglärm belasteten Bürgerinnen und Bürger, die ihre Heimat nicht aufgeben wollen, können Baugebiete in anderen Teilen ihrer Heimatstadt verbunden mit einem Bleibeprogramm der Stadt Flörsheim am Main eine willkommene Möglichkeit sein. Diese Möglichkeiten zu beschreiben und zeitlich darzustellen, wird Bürgern ein wichtiger Aspekt bei ihrer Zukunftsplanung sein.

6.) Initiative zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Flörsheim am Main fordert das Land Hessen auf, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, den kommunalen Finanzausgleich zu Gunsten der hochbelasteten Kommunen rund um den Frankfurter Flughafen zu ändern. Insbesondere in Städten mit Überflughöhen von deutlich unter 500 Metern ist durch das Land Hessen eine dauerhafte finanzielle Kompensation in Form eines Lastenausgleichs zu gewähren. Die vom Fluglärm hochbelasteten Kommunen rund um den Frankfurter Flughafen sind daher durch den kommunalen Finanzausgleich besserzustellen, da sie im Interesse des Landes Hessens im Vergleich zu anderen Kommunen höhere Lasten tragen. Nur so können die vielen Pflicht- und freiwilligen Angebote der Kommunen auch weiterhin als attraktives Gegengewicht zu den Belastungen dauerhaft und nachhaltig angeboten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat der Stadt Flörsheim, gemeinsam mit den von Fluglärm belasteten Kommunen um den Frankfurter die Initiative zu ergreifen, den kommunalen Finanzausgleich zu Gunsten der betroffenen Kommunen zu ändern.

Begründung

Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung und der Fraport haben nichts Entscheidendes bewirkt, die vom Betrieb des Frankfurter Flughafens und durch den Ausbau mit der Nordwestlandebahn ausgehenden Belastungen zu lindern. Der Regionalfonds und das Casa-Programm der Fraport sind zwar erste Schritte, sie sind aber bei Weitem nicht auch nur annähernd ausreichend. Das Ergebnis der in den letzten Tagen durchgeführten Aktion der Bürgerinitiativen Fluglärm, die im Landtag vertretenen Parteien zu einer verbindlichen Stellungnahme zur Reduzierung des Fluglärms zu bewegen, war alles andere als ermutigend. Deshalb müssen neue Wege gesucht werden, Bewegung zu erreichen.

Die Lasten des Flughafenbetriebes tragen nur wenige Kommunen in der Region. Vom Flughafen profitieren aber über die Region hinaus zahlreiche Kommunen. Hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen, ist auch vor dem Hintergrund der sich noch nicht abzeichnenden Lärminderung durch Einsatz leiserer, schadstoffarmer Flugzeuge und Flugbegrenzungen dringend erforderlich. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wäre, über den kommunalen Finanzausgleich einen Bonus für die vom Flughafenbetrieb am stärksten betroffenen Kommunen zu schaffen. Die Kommunen könnten dann selbst entscheiden, wie sie diese Mittel aus dem Finanzausgleich im Interesse ihrer betroffenen Bürger am besten einsetzt. Dieser Ansatz kann aber nur dann Erfolg haben, wenn die hochbetroffenen Kommunen hier eng zusammenstehen. Der Magistrat soll daher mit diesen Kommunen erste Abstimmungsgespräche führen, mit dem Ziel einer gemeinsamen Initiative an die Landesregierung zur Änderung des Finanzausgleichs in dem eingangs beschriebenen Sinne. Die Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände ist dabei selbstverständlich.

Dieser Haushaltsantrag ist derzeit nicht konkret haushaltsrelevant, könnte aber für die künftige Haushaltsentwicklung relevant werden. Vorsorglich könnte ein Betrag von 3.000 EUR für eine fachlich beratende Hilfe in den Haushalt 2013 eingestellt werden.

7.) Konzept für einen Betriebskindergarten im Rahmen der Entwicklung des Baugebiets West V im Abschnitt 2 mit der Synergie des bestehenden Gewerbeparks Keramag-Falkenberg

Der Magistrat wird beauftragt, zunächst interne Untersuchungen anzustellen und parallel dazu mit allen Investoren und ansiedlungswilligen Betrieben des Gewerbegebiets West V und des Industrie- und Gewerbeparks Falkenberg Gespräche über die Einrichtung einer betriebsübergreifenden Betreuungseinrichtung für Kinder zu führen. Dabei sind die Eltern und Betreuungsbedarfe im Ortsteil Keramag-Falkenberg mit einzubeziehen, der bisher über keine Kinderbetreuungsmöglichkeit verfügt.

Begründung

Ziel ist es, für das Gewerbegebiet West V und die angrenzenden Gewerbegebieten Anreize zur für Mitarbeitergewinnung (weicher Standortfaktor) zu schaffen. Gleichzeitig können wohnortnahe Kindergartenplätze für den Ortsteil eingerichtet werden. Langfristig kann dadurch der städtische Haushalt entlastet werden.

Im Rahmen der Entwicklung des Gewerbegebietes West V, von der auch die angrenzenden Gewerbegebiete profitieren werden, ist die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeitern mit entscheidend. Wenn es gelingt, einen betriebsübergreifenden Kindergarten (Betriebskindergarten) einzurichten, kann ein wichtiger Standortvorteil für die Gewerbegebiete geschaffen werden.

Verbunden werden kann dies mit einer wohnortnahen Versorgung der Kinder im Ortsteil Keramag-Falkenberg, die bisher in den Kindertagesstätten in der Stadt untergebracht werden müssen. Einbezogen werden kann auch die Stadt Hochheim, auf deren angrenzenden Gelände Betriebe (z.B. Contipack) angesiedelt sind.

Ein Haushaltsansatz für dieses Vorhaben dürfte im Haushaltsjahr 2013 nicht erforderlich sein, da dies mit internen Mitteln bzw. Personal zunächst zu bewerkstelligen wäre.

8.) Umsetzung des alten Wegekreuzes aus dem Jahr 1741 am alten Standort

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, eine Summe in Höhe von 5.000 EUR für Umsetzung und Sockelsanierung des alten Wegekreuzes aus dem Jahr 1741 der katholischen Kirchengemeinde Maria Himmelfahrt einzustellen, um dies am alten Standort an der Raunheimer Straße wieder aufzustellen.

Begründung

Für die CDU-Fraktion ist das Kulturdenkmal ein bedeutendes Erbe aus Weilbachs vergangener Zeit. Im Einvernehmen mit der Kirchengemeinde möchten wir Übernahme des Christkönigskreuzes in städtisches Eigentum zur Bewahrung unserer alt hergebrachten kulturellen Werte, nicht aber zuletzt auch im Interesse des Weilbacher Ortsbildes vornehmen.

9.) Errichtung einer U3-Betreuungseinrichtung in Flörsheim-Wicker

Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung einer Betreuungseinrichtung für unter drei Jahre alte Kinder in Flörsheim-Wicker zu treffen. Für die Maßnahme sind vorsorglich Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR zunächst für die erforderliche Planung der Betreuungseinrichtung in der entsprechenden Produktgruppe einzustellen.

Begründung

Nachdem es bereits U3-Betreuungseinrichtungen in Flörsheim und in Weilbach gibt, ist festzustellen, dass ein Bedarf an entsprechenden Betreuungsplätzen auch in Wicker existiert. Dies wird auch durch die Vielzahl der Anmeldungen von Kindern aus Wicker in den bereits bestehenden Einrichtungen deutlich. Hinzu kommt, dass die Betreuung der unter Dreijährigen eine kommunale Pflichtaufgabe ist, die in ganz Flörsheim nach den gesetzlichen Vorgaben noch ausgebaut werden muss.

Da die Anmietung einer geeigneten Anlage derzeit in Wicker nicht möglich erscheint und auch die bestehenden Einrichtungen der Kinderbetreuung keinen Raum für eine Betreuung der unter drei Jahre alten Kinder bieten, wird die (Neu-) Errichtung einer Betreuungseinrichtung für diese Altersgruppe notwendig werden. Um hier jegliche Zeitverzögerung aufgrund fehlender Haushaltsmittel für die notwendige Planung zu vermeiden, sind die entsprechenden Mittel in den Haushalt einzustellen.

10.) Instandsetzung des Fußweges zwischen der Weingartenstraße und der Rheingaustraße in Flörsheim-Wicker

Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Instandsetzung des Fußweges zwischen der Weingartenstraße und der Rheingaustraße durchzuführen. Für die Maßnahme sind Haushaltsmittel in Höhe von 3.000 € in der entsprechenden Produktgruppe einzustellen.

Begründung

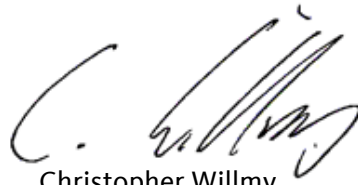
Der genannte Fußweg befindet sich seit längerem in einem schlechten Zustand und bedarf, insbesondere nachdem zwischenzeitlich auch Leitungen im Bereich des Weges verlegt wurden, einer Instandsetzung. Während im Bereich der Rheingaustraße auch nach den Baumaßnahmen noch ein recht guter Zustand festzustellen ist, ist der Weg im weiteren Verlauf sehr uneben und auch immer wieder zugewachsen. Zur Instandsetzung erscheint es daher notwendig, den Weg zu ebnen und mit wasserdurchlässigem Material (z.B. Römerkies) neu anzulegen.

Darüber hinaus werden sich die notwendigen Pflegemaßnahmen und damit auch die hierdurch anfallenden Kosten nach einer Instandsetzung des Weges – zumindest in der ersten Zeit – deutlich reduzieren.

Flörsheim am Main, den 10. Dezember 2012



Marcus K. Reif
CDU-Fraktionsvorsitzender



Christopher Willmy
CDU-Fraktionsgeschäftsführer